

Kantonsrat will Steuerentlastung für Firmen

Gewinnsteuer soll an die Kapitalsteuer angerechnet werden – Regierungsrat unterstützt den bürgerlichen Antrag

Bei Kapitalgesellschaften und Genossenschaften soll die Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer angerechnet werden. Mit dieser Änderung des Steuergesetzes will die bürgerliche Kantonsratsmehrheit Unternehmen entlasten.

Thomas Ribl

Der Anstoss kommt von aussen: Die Unternehmenssteuerreform II des Bundes, die von den Stimmberechtigten im Februar 2008 gutgeheissen wurde, zwingt die Kantone, ihre Steuergesetzgebung an das neue Bundesrecht anzupassen. Insofern ist die Vorlage, mit der sich der Kantonsrat am Montag befasst hat, ein reiner Nachvollzug und weitgehend unbestritten.

Mithalten im Steuerwettbewerb

Doch die vorberatende Kommission für Wirtschaft und Abgaben – das heisst deren bürgerliche Mehrheit – fügte dem Gesetz einen Passus hinzu, der für Diskussionen sorgte. Sie will die Anpassung des kantonalen Rechts ans Bundesrecht

zum Anlass nehmen für eine zusätzliche Steuersenkung für Unternehmen: Bei Kapitalgesellschaften und Genossenschaften soll die Gewinnsteuer künftig an die auf das Aktien- oder Grundkapital erhobene Kapitalsteuer angerechnet und nicht mehr zusätzlich erhoben werden. Die linke Ratsseite bekämpfte das Anliegen mit dem Argument, die zu erwartenden Ertragsausfälle von jährlich 50 Millionen Franken beim Kanton und 55 Millionen Franken bei den Gemeinden seien angesichts der Finanzlage des

Kantons nicht verkraftbar. Die Kommissionsmehrheit berief sich dagegen auf die Notwendigkeit, im Steuerwettbewerb mitzuhalten. Der Bund, sagte Daniel Oswald (svp., Winterthur), lasse den Kantonen grossen Spielraum beim Umsetzen der Neuerung – genau für solche Verbesserungen. Es sei schade, dass der Regierungsrat das nicht genutzt habe und auf eine über das Bundesgesetz hinausgehende Entlastung verzichte. In Bezug auf die Unternehmensbesteuerung liege Zürich im Schweizer Vergleich nur

auf Platz 18. Der Regierungsrat hat allerdings seine Meinung geändert. Finanzdirektorin Ursula Gut gab im Rat bekannt, trotz der Stellungnahme vom letzten Herbst stimme die Regierung dem Antrag der Kommission zu. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die mit der geplanten Steuergesetzrevision als Folge der Entlastung der natürlichen Personen erwarteten Ertragsausfälle von über 300 Millionen Franken pro Jahr zumindest für 2011 wegfallen. Gegen die Vorlage wurden Referenden ergriffen. Wann sie an die Urne kommt, ist noch offen.

AUS DER SITZUNG DES KANTONSRAATS

- **Neuer Handelsrichter gewählt.** Der Rat wählt Vinicio Cassani (Mönchaltorf) ins Handelsgericht. Cassani ist Geschäftsleitungsmitglied von Spedlogswiss, dem Verband der international tätigen Schweizer Speditions- und Logistikunternehmen.
- **Abzüge für den Unterhalt von Liegenschaften.** Bei Liegenschaften im Privatvermögen können die Kosten der Instandstellung auch neu erworbener Liegenschaften abgezogen werden. Der Rat genehmigt diese Änderung des Steuerrechts einstimmig. Damit wird das kantonale Gesetz an das geänderte Bundesrecht angepasst.
- **Kinderzulagen sollen nicht steuerfrei werden.** Kinderabzüge sollen nicht steuerfrei werden. Der Rat lehnt eine entsprechende parlamentarische Initiative der CVP mit 130 zu 25 Stimmen ab. Das Anliegen widerspricht der Bundesgesetzgebung.
- **NFA-Zahlungen mit Vorleistungen verrechnen?** Der Kanton kann Zahlungen in den Finanzausgleich des Bundes nicht mit Vorfinanzierungen verrechnen, etwa derjenigen für die Durchmesserlinie. In der Debatte über eine FDP-Interpellation ruft der Rat die Regierung auf, Zürcher Anliegen beim Bund energischer zu vertreten. *rib.*

Gerade KMU sollen profitieren

Gerade kleine und mittlere Unternehmen, ergänzte Nicole Barandun-Gross (cvp., Zürich), würden von der Erleichterung profitieren. Es gehe nicht einfach um die «Grossen», sondern um Familienunternehmen, darin liege die volkswirtschaftliche Bedeutung der Vorlage. Die Eigenmittel der Firmen würden gestärkt, und eine Doppelbelastung werde beseitigt. SVP, FDP, CVP und Grünliberale stimmten dem Antrag zur Steuerentlastung mit 101 zu 65 Stimmen zu. Die Schlussabstimmung zur Vorlage findet in etwa vier Wochen statt.



Die Kyburgbrücke von 1864. KARIN HOFER / NZZ

TROUVAILLES

Bildhübsches Politikum

Die Kyburgbrücke über der Töss

flo. · Schon viele Wanderer wurden im Linsental unterhalb der Kyburg verregnet – aber die Töss konnten sie stets trockenen Hauptes überqueren. Die rote Holzbrücke ist gedeckt, sie verbindet Kyburg mit Winterthur. Nur bedingt ein Lehrstück der völkerverbindenden Politik ist indessen ihre Vorgeschichte. Gemeinsam war den Kyburgern und Winterthurer in den 1830er und frühen 1840er Jahren nur der Wunsch nach einer soliden Tössbrücke, über die Finanzierung wurde allerdings gestritten. 1935 unterbreitete Kyburg dem Bezirksrat das Anliegen, über der Töss sei eine Brücke zu bauen – auf Kosten der Gemeinden Winterthur und Seen.

Die Seemer zeigten keinerlei Interesse, und Winterthur wollte Kyburg in die Pflicht nehmen. Schliesslich pilgerte eine bezirksrätliche «Augenschein-Commission» an die Töss und entschied: Jede Gemeinde habe an ihrem Ufer ein Widerlager für die Brücke zu erstellen. Die Winterthurer opponierten, zumal ihr Flussufer etwas tiefer liege und damit das aufwendigere Widerlager erfordern würde. Bald beschäftigten die Streithähne auch den Regierungsrat, der sich aber dem «Kompromissvorschlag» einer Kostenübernahme durch den Staat widersetzte. Um 1845 schliesslich setzte an der Töss politisches Tauwetter ein. Winterthur bezahlte das rechte Widerlager, Kyburg das linke. Am 18. Juli 1846 wurde die Aufrichte gefeiert, Kyburg lieferte die Würste und Winterthur den Wein.

Der Brückenschlag weckte aber auch Ängste: Befürchtet wurde, eine direkte Verbindung des Tössstals mit Zürich durch das Linsental könnte Winterthur vom Verkehr abschneiden. Die Furcht war unbegründet, wie kürzlich ein einstündiger Augenschein an der Töss belegte. Über die Brücke begaben sich 3 Autos, 3 Velos, 3 Wanderer und 1 Hund.

Historische Angaben: Alfred Häberle: Die Kyburgbrücke an der Töss im Linsental bei Winterthur. Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1977.

Privatspital Lindberg unter neuer Führung

Meinrad Lienert wird Klinikleiter

flo. · Der 42-jährige Arzt und Betriebswirtschaftler Meinrad Lienert übernimmt laut Mitteilung vom Montag auf Anfang 2011 die Führung des Privatospitals Klinik Lindberg in Winterthur. Lienert leitet seit zwei Jahren das Regionalspital Einsiedeln, zuvor war stellvertretender Direktor und medizinischer Gesamtleiter von Schutz und Rettung Zürich. Vor drei Monaten war der bisherige Lindberg-CEO Wolfgang Bosshard aufgrund «unterschiedlicher Auffassungen über die Geschäftsentwicklung» ausgeschieden, Verwaltungsratspräsident René Kühne leitet die Klinik seither interimistisch.

Die Zeitung und das magische Ding

Informationen im E-Zeitalter

ras. · Die neuste Geräteentwicklung von Apple, das iPad, kann offenbar selbst altgediente Manager entzücken: «Das Ding ist wirklich magisch. Die Effekte, die man damit erzielen kann, sind atemberaubend», sagte Ralph Büchi, Präsident von Axel Springer International, an einer Veranstaltung der International Advertising Association. Und: Erstmals habe man eine Vorstellung davon, wie eine Zeitschrift online aussehen könne. Das war wohl die fröhlichste Äusserung am Montagabend auf dem Podium, das sich mit dem Stand und den Potenzialen der Schweizer Medienhäuser befasste.

Sonst dominierte das nüchterne Abwägen zwischen Herkunft und Zukunft. Albert P. Stäheli, CEO der NZZ-Gruppe, vermisst am iPad das haptische Moment beim Zeitungslesen. Aber die Mediengruppe werde natürlich auch diese Plattform nutzen. Sie erlaube es, die Druckkosten zu reduzieren. Allerdings, so Stäheli, sollten die Verleger das so Ersparte nicht gleich einem neuen Akteur, also Apple, in Form von Gebühren wieder abliefern. Martin Kall, Unternehmensleiter von Tamedia, äusserte sich erschüttert, dass es noch keine ernsthaften Alternativen zu den Apple-Produkten gebe. Die Konkurrenten müssten sich extrem anstrengen.

Trotz der Dynamik im digitalen Bereich waren sich die drei Medienmanager einig, dass sie keinen Anlass hätten, gedruckte Zeitungen und Zeitschriften abzuschreiben. Mit Informationen auf Papier könne man immer noch eine bedeutend grössere Reichweite als mit Internetangeboten erzielen, sagte Kall. Eine von Tamedia durchgeführte Umfrage habe zudem gezeigt, dass 70 Prozent der Befragten kein Interesse an einem iPad hätten. Das seien ebenso interessante Kunden der Medienhäuser.

Stäheli erkennt im Publikum die Bereitschaft, für glaubwürdige Hintergrundinformationen zu bezahlen. So habe man mit «sehr gutem Erfolg» in einer wirtschaftlich schwierigen Phase den Abonnementspreis der NZZ deutlich erhöhen können. Büchi wiederum hält es für entscheidend, dass die Medienhäuser ihr Geld mit gebührenpflichtigen Angeboten verdienen. Gratisprodukte seien nicht nachhaltig. Altdersings: Nach Ansicht von Büchi wird es noch eine «schmerzhaft Konsolidierung bei den Tageszeitungen» geben. Vor diesem Horizont hält er den vorknapp zwei Monaten erfolgten Zeitungstausch von NZZ-Gruppe und Tamedia für wirtschaftlich sinnvoll.



Zirkusdirektor Franco Knie posiert am Montag mit der zurückgekehrten Elefantenkuh Sabu vor den Medien. STEFFEN SCHMIDT / KEYSTONE

Sabus Suche nach den Artgenossen

Knie rätselt über den Grund für den Ausbruch seines Elefanten – Polizei erwägt Verzeigung

Für Zirkusdirektor Franco Knie ist unklar, was seine Elefantenkuh Sabu zum nächtlichen Ausbruch bewog. Er vermutet, dass sie nach ihrem Bad vergebens Stall- und Artgenossen suchte.

ark. · «Mit Tieren kann immer etwas passieren», sagte Zirkusdirektor Franco Knie am Montag auf Anfrage. Wenn allerdings etwas mit Elefanten passiert, dann ist die Dimension der Aufregung meist ebenso gross wie diejenige der 26-jährigen und 4 Tonnen schweren Kuh Sabu. Ihr Ausbruch aus dem Zirkus beschäftigte auch am Montag die Öffentlichkeit, obwohl das Tier bereits am Sonntagabend um etwa 20 Uhr 30 wieder unter Kontrolle war.

Der Zirkus Knie zügelte in der Nacht auf Montag nach Wettingen. Die Elefantenkuh war während des Verlags Richtung See entwichen, wo sie unter Umgehung des Badeverbots Abkühlung

suchte. Anders als in früheren Jahren durften die Elefanten heuer wegen zu vieler Scherben im Wasser nicht im See baden. Wie Franco Knie erklärt, hat die Kuh nach dem Bad wohl ihren bereits abgebrochenen Stall und die Artgenossen gesucht. Anschliessend habe sie die Orientierung verloren. Diesen Anschein machte Sabu allerdings nicht, nahm sie doch fast exakt die Route, auf der sie vor wenigen Wochen am Elefanten-Apéro unterwegs war.

«Sie ist einfach gelaufen und hat die anderen Elefanten gesucht», sagte Knie. Dabei sei sie aber nicht in Panik geraten; es habe keinen Grund gegeben, sie gewaltsam anzuhalten. Der Zirkusdirektor sieht keinen Anlass, an den Verladearbeiten und der Haltung auf Tournee etwas zu ändern. Man arbeite vorsichtig; zum Vorfall vom Sonntag sei es wegen einer Verkettung ungünstiger Umstände gekommen. Keinerlei Verständnis hat der Direktor für die Kritik der Tierschutzorganisation Vier Pfoten, die in einer Mitteilung erklärt, der Aus-

bruch von Sabu bestätige die Notwendigkeit eines Verbots von Wildtierhaltung im Zirkus. «Dies sind alles oberflächliche Vorwürfe, und diese Leute wissen gar nicht, worum es hier geht», sagt Knie. Er bezieht auch den Schweizer Tierschutz (STS) in seine Kritik ein. Dieser hatte kürzlich in seinem Zirkusbericht moniert, dass das Aussengehege der Knie-Elefanten auf Tournee zu klein sei für artgerechte Haltung. Erfreulich ist laut STS, dass die Tiere nur 20 Minuten pro Tag und in der Nacht überhaupt nicht angeketet werden.

Ob der glimpflich verlaufene Stadtspaziergang für den Zirkus Knie finanzielle Folgen in Form einer Busse haben wird, ist noch unklar. Die Stadtpolizei erwäge eine Verzeigung, sagte Sprecher Michael Wirz. Eine Beteiligung an den Kosten für die umfangreiche Polizeikontrolle sei dagegen unwahrscheinlich. Eine entsprechende Regelung gebe es nur für Fussballklubs, die sich an den Kosten für die Hooligan-Bekämpfung beteiligen müssen.